

Am besten Präsenz

Wie geht es in den Schulen weiter?
Ein Gespräch mit der nordrhein-westfälischen
Bildungsministerin Yvonne Gebauer

Frau Ministerin, die Corona-Inzidenz steigt und steigt. Schließen Sie trotzdem aus, dass es abermals zu Schulschließungen in Nordrhein-Westfalen kommt?

Die Landesregierung hat klar und deutlich gesagt: Eine flächendeckende Schulschließung wird es nicht mehr geben.

War die Schließung ein Fehler?

Mit den Erkenntnissen von heute: Ja. Damals blieb uns jedoch keine Wahl. Vollständige Schließungen wie vom Bund verordnet wird es aber mit Nordrhein-Westfalen nicht mehr geben. Auch in einer Pandemie muss Politik abwägen. Wir Kultusministerinnen und Kultusminister wissen, wie viel bei der Bildung für Kinder und Jugendliche auf dem Spiel steht. Im Nachhinein betrachtet, hätten wir diese gemeinsame Position noch früher und noch stärker einbringen müssen.

Bayern versteht es, sich auch in der Corona-Zeit mit Hakenschlagen als Primus zu präsentieren. Obwohl Ministerpräsident Markus Söder als Anführer des „Teams Vorsicht“ auftritt, ist dort die Maskenpflicht an Schulen längst abgeschafft. Nerven Sie das Hase-und-Igel-Spiel?

Generell sind Hase-und-Igel-Spiele in der Politik nicht hilfreich. Ich wäre mir auch nicht sicher, dass der Hase am Ende immer gewinnt. Wir haben als Kultusminister immer wieder Positionen gesucht, die uns einen. Es sollte nicht um ein Höher, Schneller, Weiter gehen. Die zentrale Frage lautet: Wie schaffen wir es, das Recht auf Bildung mit dem Anspruch auf körperliche Unversehrtheit in Einklang zu bringen?

Die Maske hat sich als sehr effektiver Schutz auch an Schulen bewährt ...

Nordrhein-Westfalen war das erste Bundesland, das 2020 nach den Sommerferien die Maske eingeführt hat – unter großem Protest. Gleich groß war der Protest, als ich die Tragepflicht zwischenzeitlich wie angekündigt aufhob. Es hat sich überall herausgestellt: Die Maske ist ein gutes Mittel, sich selbst und andere zu schützen. Aber gerade für unsere Jüngsten ist das Tragen einer Maske sehr anstrengend und mit vielen Einschränkungen verbunden. Natürlich möchte ich, dass sich die Kinder und Jugendlichen von Angesicht zu Angesicht begegnen können. Auch das gehört zur Entwicklung ihrer Persönlichkeit dazu. Wenn es das Infektionsgeschehen zulässt, ist es die Absicht der Landesregierung, die Maskenpflicht auch am Sitzplatz aufzuheben.

Kinder und Jugendliche leiden am meisten unter den sozialen Auswirkungen von Corona. Haben Sie mittlerweile einen genaueren Überblick über die Corona-Lernlücken?

Das ist vor allem eine Frage für die Bildungsforschung. Viel wichtiger als statistische Erhebungen ist mir als Ministerin, dass wir die Schülerinnen und Schüler schnell und gezielt unterstützen. Deshalb haben wir unseren Lehrkräften umfangreiches Material zur Verfügung gestellt,

um die Kinder und Jugendlichen genau dort abzuholen, wo sie stehen. Darüber hinaus haben wir für Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit dem Bund ein 430 Millionen Euro schweres Programm aufgelegt, über das wir „Extra-Zeit zum Lernen“ und „Extra-Zeit für Bewegung“ ermöglichen und die Schulen außerdem mit „Extra-Geld“ und „Extra-Personal“ unterstützen. Ein Blick auf die Abschlussprüfungen in NRW zeigt übrigens, dass die Ergebnisse der Jahre 2020 und 2021 sowohl beim Abitur als auch in der Klasse 10 vergleichbar sind mit denen der Vorjahre. Das liegt sicher auch daran, dass wir den Schülerinnen und Schülern rund um die Prüfungen besondere Unterstützungsangebote unterbreitet haben. Sie kennen mich als vehemente Verfechterin des Präsenzunterrichts. Ich bin dafür von vielen Seiten scharf kritisiert worden. Aber inzwischen ist allen Beteiligten klar: Der Präsenzunterricht ist die beste Form des Lehrens und Lernens.

Corona hat katastrophale Versäumnisse bei der Digitalisierung der Schulen aufgedeckt. Wann werden die Schulen in NRW angemessen ausgestattet sein?

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Schulen in NRW aus ihrem digitalen Dornröschenschlaf geweckt, in den die rot-grüne Vorgängerkoalition sie versetzt hatte. Wir haben 2017 eine regelrechte Aufholjagd gestartet und dürfen jetzt nicht nachlassen. Deshalb habe ich Ende September die Digitalstrategie „2020-2025“ vorgestellt, mit der insgesamt zwei Milliarden Euro für die Digitalisierung an den Schulen zur Verfügung gestellt werden – nicht nur für Ausstattung, sondern auch für die Aus- und Fortbildung unserer Lehrkräfte. Denn es gilt, die pädagogischen und didaktischen Chancen der Digitalisierung im Unterricht sinnvoll zu nutzen. Beste Bildung ist im 21. Jahrhundert nicht ohne Digitalisierung zu denken. Beste Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgabe, deshalb sage ich auch: Alle Ebenen müssen sich daran beteiligen – Kommunen, Land und auch der Bund.

Es zeichnet sich ab, dass die FDP im Bund bald an einer Ampelkoalition beteiligt ist. Sie selbst werden in der Arbeitsgruppe Bildung mit SPD und Grünen verhandeln. Was erwarten Sie bildungspolitisch von diesem Bündnis?

Ich wünsche mir, dass wir uns auf einen Digitalpakt 2.0 verständigen können, um die Aufholjagd nicht nur in NRW, sondern auch in allen anderen Bundesländern zu einem guten Ende zu führen und die Investitionen zu verstetigen. Im Wahlprogramm der FDP steht zudem die Forderung, ein Prozent des Mehrwertsteueraufkommens zusätzlich in Bildung zu investieren. Das sind jährlich rund 2,5 Milliarden Euro. Das wäre ein guter Beitrag, um beste Bildung in Deutschland voranzubringen.

Die Ampel nimmt sich diese „beste Bildung“ laut Sondierungspapier vor – das



Schließt flächendeckende Schulschließungen aus: NRW-Bildungsministerin Yvonne Gebauer (FDP)

Foto dpa

klings nach dem Versprechen, das Sie schon 2017 gemeinsam mit der CDU gegeben haben. Wie passt das mit dem Befund zusammen, dass NRW im Vorjahre 2019 mit 7200 Euro pro Kopf bei den Bildungsausgaben noch immer auf dem letzten Platz der Bundesländer lag?

Auch hier hat NRW massiv aufgeholt: Im Vergleich zu 2017 haben wir allein den Schuletat um rund drei Milliarden Euro erhöht. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

Die Ampel nimmt sich vor, aus dem „Kooperationsverbot“ zwischen Bund und Ländern ein Kooperationsgebot zu machen. Auch Sie plädieren dafür. Haben Sie keine Angst, dass der Bund in das wichtigste Feld der Länderpolitik, die Bildung, hineinregiert?

Wenn der Bund den Ländern Geld gibt, hat er ein nachvollziehbares Interesse daran, dass diese Mittel auch dem Zweck entsprechend investiert werden. Die Kultusministerkonferenz ist daran interessiert, die Vergleichbarkeit zwischen den Ländern zu verbessern. Denken Sie zum Beispiel an die Abiturprüfungen, für die wir bereits einen gemeinsamen Aufgabenpool geschaffen haben. Wir wollen mehr solcher Gemeinsamkeiten, aber zugleich unsere Eigenständigkeit erhalten. Wenn es darum geht, vor Ort die besten Lösungen zu finden, hat sich der Bildungsföderalismus bewährt.

Ein strukturelles Dauerproblem ist der Lehrermangel. Was tut Nordrhein-Westfalen dagegen?

Sehr viel, denn der Lehrermangel ist für unsere Schulen fraglos eine der größten

Herausforderungen. Ich musste mir zunächst einmal einen Überblick verschaffen, wie groß der Bedarf tatsächlich ist. Als ich das Amt 2017 übernahm, fand ich eine Bedarfsprognose mit Zahlen aus dem Jahr 2009 vor.

Was ergab die von Ihnen in Auftrag gegebene neue Prognose?

In den Grund- und Förderschulen gibt es einen großen Bedarf, ebenso in den MINT-Fächern. Wir haben inzwischen vier Maßnahmenpakete geschnürt: Zum Beispiel können Oberstufenlehrkräfte, die aufgrund ihrer Fächerkombination bislang ohne Anstellung waren, an den Grundschulen unterrichten und verbleiben. Wir konnten Pensionäre überzeugen, über den Ruhestand hinaus zu unterrichten, und setzen auch auf die Unterstützung von Studierenden. Wir arbeiten mit Zulagen und werben gezielt für den Lehrerberuf. Diese und viele weitere Maßnahmen haben dazu geführt, dass wir mehr als 5370 Stellen besetzen konnten, die sonst unbesetzt geblieben wären.

Wie viele Stellen sind trotzdem noch immer nicht in NRW besetzt?

Mitte des Jahres waren von den gut 158 300 Lehrerstellen über 154 700 Stellen besetzt. Bei den nach wie vor offenen Stellen handelt es sich gewissermaßen um den Fluch der guten Tat, denn seit 2017 haben wir die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Stellen um mehr als 6000 erhöht. Bis zum Ende der Legislaturperiode werden es mit dem Haushalt 2022 fast 10 000 zusätzliche Lehrerstellen sein. Um diese künftig wieder vollständig zu besetzen, haben wir allein

in dieser Legislaturperiode mehr als 1000 zusätzliche Studienplätze geschaffen und dauerhaft gesichert.

Was mitunter aus jahrelangen bildungspolitischen Ankündigungen und Versprechen wird, kann man an einer Hinterlassenschaft der großen Koalition sehen: Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule wird ab 2026 eingeführt – schrittweise, sodass erst ab August 2029 tatsächlich jedes Grundschulkind die Betreuung in Anspruch nehmen kann. Sind Sie sicher, dass dann genügend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht?

Wir wollen unseren Kindern im Ganztags ein hochwertiges Bildungsangebot unterbreiten. Aufgrund der quantitativen personellen Verstärkung und auch wegen des zusätzlichen Raumbedarfs in den Kommunen braucht es dafür einen gewissen Vorlauf. Im Verhältnis Bund/Land/Kommune müssen wir bei den laufenden Betriebskosten, beim Fachkräftebedarf und bei den Investitionen Hand in Hand arbeiten. Nur mit einem stabilen Dreiecksbündnis wird sich die Herausforderung stemmen lassen.

Reicht der Beschluss der scheidenden Bundesregierung aus, oder muss noch mal nachjustiert werden?

Eine neue Regierung täte gut daran, bei Bedarf noch einmal nachzulegen, schließlich leistet der Ganztags einen wichtigen Beitrag sowohl zur Chancengerechtigkeit als auch zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Investitionen in den Ganztags zahlen sich für unsere Gesellschaft also doppelt aus.

Die Fragen stellte Reiner Burger.

Der menschliche Betreff

Philologie auf dem Weg zum neuen Lesen

Große gesellschaftliche Umbrüche haben die Erschütterung tradierter Menschenbilder zur Folge. Das zeigt sich auch in der gegenwärtigen Krise. Man darf gespannt sein, wie sie sich auf die Bildung und ihre Curricula auswirkt, vor allem in den philologischen Fächern, von denen man gemeinhin wenig Aufbruchsstimmung erwartet. In die alten Sprachen und ihre humanistische Tradition hegt man besonders wenig Zutrauen. Es sind allzu wohlmeinende Bilder vom Menschen, die hier festgeschrieben sind und bis heute in viele Bereiche unseres kulturellen und gesellschaftlichen Lebens hineinwirken. Die Freilegung dieser Menschenbilder und ihre Kritik im Spiegel einer neu zu lesenden textlichen Überlieferung ist Teil der umfassenden Forschungsprojekte des Heidelberger Philologen Jürgen Paul Schwindt.

Unter dem Begriff des „Schwarzen Humanismus“ fasst Schwindt all die Effekte, Reflexe, Gesten und Schattenwürfe des Menschen, die Texte freisetzen, wenn sie philologisch traktiert werden. Dabei geht es um nicht mehr und nicht weniger als um die Rekonstruktion einer noch ungeschriebenen Geschichte, die „Genealogie des menschlichen Betreffs“. Wie kommt es dazu, dass wir beim Lesen antiker Texte zu spüren glauben: „Wir sind gemeint“? Wie kommen wir, wie kommt der Mensch in den Text? Und wo bitte ist der Ausgang?

Wir sollten uns, so Schwindt, darüber im Klaren sein, dass jedes Lesen ein anderes ist und sich folglich niemand auf dem Wertekatalog einer humanistisch verbrämten Tradition ausruhen kann. Schon das lateinische Verbum „trado“ schillert zwischen „Aushändigung“, „Über- und Weitergabe“ bis hin zum „Verrat“. Das macht die Begegnung mit der Tradition zwar anstrengend, aber auch zu einer gleich doppelt bereichernden Erfahrung: Der Mensch ahnt hinter den imposanten Aufbauten der Tradition die Macht all der ungeschriebenen oder besser ungelesenen Geschichten. Und wenn er sich in der Auseinandersetzung mit der Überlieferung am Ende selbst gewinnt, kann er – mit Schwindt, der am Dienstag sechzig Jahre alt wurde – sagen: „Trado, ergo sum.“

MELANIE MÖLLER

Bildungsnotiz

Gegen anlasslose Tests

Ein von der Landesregierung Thüringens in Auftrag gegebenes Gutachten zum Infektionsgeschehen an den Schulen hält anlasslose Corona-Tests an Thüringens Schulen weiterhin für nicht nötig. Der Thüringer Lehrerverband hatte sich über die gleichzeitige Abschaffung der Maskenpflicht und der Testpflicht schon zu Anfang des Schuljahrs beklagt. „Weil Kinder selbst nicht schwer erkranken und Erwachsene sich impfen lassen können, sind Quarantänemaßnahmen grundsätzlich weder für den Eigenschutz noch für den Fremdschutz zu rechtfertigen“, heißt es darin. Anlasslose Tests seien deshalb „nicht mehr gut zu begründen“.

F.A.Z.

Wie gut werden Begabungen erkannt und gefördert?

Das Tübinger Hector-Institut wird mit einer Großspende der Hector Stiftung seine Forschung zur Verbesserung des Schulunterrichts ausbauen / Von Heike Schmoll

Das Hector-Institut für Empirische Bildungsforschung in Tübingen macht nichts, was nicht auf Wirksamkeit überprüft, evaluiert oder in Literatur und Studien beschrieben wäre. Methoden erst in Schulen einzuführen, um dann kurze Zeit später festzustellen, dass sie nicht wirken, ist dem Direktor des Instituts, Ulrich Trautwein, ein Gräuel. Evidenzbasiert will man in Tübingen arbeiten, und man fühlt sich dem Erfolg verpflichtet. Nur wenn das Institut auch internationalen Exzellenzkriterien genügt, wird es weiter mit einer solchen Spende rechnen können, wie sie ihm durch die Hector Stiftung in der kommenden Woche in einem Festakt übergeben wird. Die Stiftung verpflichtet sich, in den nächsten zehn Jahren insgesamt 19 Millionen Euro für eine evidenzbasierte empirische Bildungsforschung zu investieren.

„Die Hector Stiftung erhofft sich von der Forschungsarbeit des Hector-Instituts für Empirische Bildungsforschung dringend benötigte Werkzeuge und Methoden für den Bereich der Bildung, beispielsweise um bei Kindern und Jugendlichen Begabungen, Auffassungsaufgabe und Intelligenz präzise zu erfassen und sinnvoll fördern zu können. Davon profitieren wichtige Förderprojekte wie die 68 Hector Kinderakademien und das Hector Seminar“, sagt der Vorstand der Hector Stiftung Uwe Bleich.

Von der Forschung erwartet die Stiftung Hinweise auf die Frage, wie gut das Bildungssystem Begabung und Kompetenzen von Schülern und Studenten vor allem in Mathematik und Naturwissenschaften fördert, wie sich Unterschiede in der Unterrichtsqualität zuverlässig erfassen lassen und wie Motivation und Persönlichkeit junger Menschen durch Schule und Universität geprägt werden.

Ob das Institut hält, was es verspricht, wird in regelmäßigen Zwischenevaluierungen mit nationalen und internationalen Gutachtern geprüft. Einige der Gutachter evaluieren auch die Leibniz-Institute für Bildungsforschung und haben den unmittelbaren Vergleich. „Wenn wir keine gute Arbeit machen, dann sind wir nach fünf Jahren wieder zu“, umschreibt Trautwein die Exzellenzanforderung nüchtern. Die Stiftung lässt dem Institut weitgehend freie Hand bei der Verwendung der Forschungsgelder. „Gemäß der Zwischenevaluation aus dem Jahr 2019 hat sich das Institut inzwischen zu einem weltweit führenden Forschungsinstitut entwickelt, das zudem Aufgaben hoher gesellschaftlicher Relevanz hervorragend wahrnimmt und sich um die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in vorbildlicher Weise kümmert“, sagt Bleich der F.A.Z.

Inzwischen arbeiten 80 Wissenschaftler am Hector Institut und fragen

danach, wie gut das Bildungssystem Begabungen und Kompetenzen von Schülern und Studenten vor allem in Mathematik und den Naturwissenschaften fördern. Die Qualität des Unterrichts und deren Erfassung, der adaptive Unterricht, der eine maximale Individualisierung von Anforderungen

beabsichtigt, sind Schlüsselthemen des Instituts. Von einem wirklich adaptiven Unterricht sei man in Deutschland noch sehr weit entfernt. Von punktueller Förderung hält Trautwein nicht viel, weil sie oftmals verpufft, für ihn zählt das Gesamtprogramm. Das Schulsystem müsse sich jedenfalls so ver-



Wissbegierig: Chemie in der Kinderakademie Foto Berthold Steinhilber/Universität Tübingen